

*Stefan Creuzberger und Dierk Hoffmann*

# Antikommunismus und politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland

## Einleitende Vorbemerkungen

Mit der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht ging in Deutschland die oberste Regierungsgewalt auf die USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich über. Als die Alliierten diesen Schritt in der ‚Berliner Deklaration‘ am 5. Juni 1945 offiziell vollzogen, war klar, dass von ihrem Willen die Zukunft Deutschlands abhängen würde. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa begann aber auch der Zerfall der Anti-Hitler-Koalition, der zunächst langsam einsetzte und sich dann im Laufe der Zeit immer mehr beschleunigte. Rasch wurden nämlich die unterschiedlichen, zum Teil gegenläufigen Interessen der vier Siegermächte deutlich. Bereits bei der Auslegung der Vereinbarungen, die die drei Siegermächte auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) – Frankreich war dort noch nicht vertreten – getroffen hatten, kam es zu heftigen Kontroversen. Die Anti-Hitler-Koalition zeigte somit erste Risse und brach im Frühjahr 1948 endgültig auseinander, als Moskau seine Vertreter aus dem Alliierten Kontrollrat zurückzog. In der Folgezeit bildete sich eine bipolare Weltordnung heraus, in der sich die beiden Supermächte mit ihren jeweiligen Bündnispartnern gegenüberstanden. Die Spaltung Europas ging quer durch Deutschland. Dort bildeten sich in der Logik des Ost-West-Konflikts zwei unterschiedliche Staats- und Gesellschaftssysteme aus. Während 1949 im westlichen Teil mit der Bundesrepublik Deutschland eine parlamentarische Demokratie westlichen Zuschnitts entstand, etablierte sich im Osten die Deutsche Demokratische Republik als kommunistische Diktatur.

In den 1950er und 1960er Jahren stabilisierten sich die Bundesrepublik und die DDR. Sie wurden außenpolitisch zu Eckpfeilern der jeweiligen Bündnissysteme. Dadurch vertiefte sich de facto die Spaltung, obwohl beide deutsche Staaten nach wie vor am Ziel einer baldigen Wiedervereinigung festhielten. Sowohl die junge Bonner Republik als auch das SED-Regime verstanden sich jeweils als das ‚bessere Deutschland‘. Die propagierte Überlegenheit des eigenen Systems in Abgrenzung zum jeweils anderen Teil stärkte die Identität der jungen Staatswesen und trug damit zu deren Stabilisierung und Legitimierung bei. Gleichzeitig ging es aber auch darum, die Bevölkerung des jeweils anderen Teils von der Attraktivität der eigenen Staats- und Gesellschaftsform zu überzeugen, den Nachbarn zu unterwandern, zu destabilisieren und schließlich als Sieger im Wettbewerb der Systeme die Wiedervereinigung herbeizuführen. Die DDR setzte dabei in ihrer Westpolitik u. a. darauf, westdeutsche Politiker zu diskreditieren, für den Kommunismus zu werben, linke Parteien und Bewegungen zu unterstützen. Das wiederum provozierte Reaktionen auf der westdeutschen Seite. So unternahm die Bundesrepublik Deutschland alles, um für ihre freiheitlich-demokratische Grundordnung zu werben, die vom Kommunismus ausgehende Gefahr vor Augen zu führen, Parteien und Initiativen zu bekämpfen, die drohten, die westliche politische Ordnung in Frage zu stellen.

In der Bundesrepublik erlebte der Antikommunismus, dessen Wurzeln in Deutschland bereits vor 1945 angelegt waren, eine neue und besondere Ausprägung – und zwar im ideologischen Konflikt zwischen parlamentarischer Demokratie und Staatssozialismus. Er bezog zudem seine politische Legitimität, indem er sich nahtlos in das von den Vereinigten Staaten während der Hochphase des Kalten Krieges praktizierte strategische Konzept von *Roll Back* und *Liberation Policy* einfügte. Damit erhielt der in der Bundesrepublik während der 1950er und 1960er Jahre extensiv gegen den sogenannten inneren Feind als auch gegen die DDR gerichtete Antikommunismus eine wichtige deutschlandpolitische Funktion: Während Bundeskanzler Adenauer für die Belange der großen Deutschlandpolitik verantwortlich zeichnete, verstanden die Verfechter des praktisch anzuwendenden Antikommunismus ihre Aktivitäten zur Destabilisierung der DDR und zur antikommunistischen Abwehr stets als eine Maßnahme, die darauf zielte, die Wiedervereinigungsbemühungen zu flankieren.

In diesem Sinne besaß der Antikommunismus eine wichtige identitätsstiftende Wirkung, die nachhaltig die politische Kultur der jungen Bonner Republik prägen sollte. Er erwies sich als geeignetes Instrumentarium, das die auf innere Konsolidierung der westdeutschen Demokratie bedachte politische Gründergeneration – allen voran Kanzler Konrad Adenauer – zu nutzen suchte: Gemeint ist der Umgang mit dem politisch-moralisch belastenden Erbe der nationalsozialistischen Vergangenheit. Das galt umso mehr, als die im Jahre 1949 aus freien Wahlen hervorgegangene Bundesrepublik von Anfang an die Gesamtnachfolge des Deutschen Reiches für sich reklamierte. Dies wiederum bedeutete die Verpflichtung, historische Verantwortung zu übernehmen, etwa in der Wiedergutmachungsfrage. Gleichzeitig grenzten sich die politisch Verantwortlichen jedoch bewusst von der NS-Epoche ab, indem sie die Bonner Republik als dezidiertes Gegenmodell zu der von Unrecht, Willkür und Unterdrückung geprägten Nazi-Diktatur konzipierten. Für die politische Kultur Westdeutschlands bildeten daher die positiven Verfassungstraditionen und Errungenschaften der jüngeren deutschen Geschichte die eigentliche Legitimationsbasis, allen voran die der gescheiterten demokratischen Revolution von 1848.

Die daraus erwachsende Doppelrolle des Treuhänders und Schuldners war ambivalent und keineswegs leicht.<sup>1</sup> Denn das junge demokratische Gemeinwesen war aus Sicht Adenauers und der Bundesregierung in seiner Substanz noch viel zu fragil und zu wenig im politischen Bewusstsein der damaligen Bundesbürger verankert, um sich mit der Zeit des Nationalsozialismus offen und schonungslos auseinanderzusetzen. Vielmehr wurden in den ersten Jahren nach 1949 Mittel und Wege gesucht, die nationalsozialistisch belasteten Bevölkerungsteile und früheren zentralen Funktionselementen im neu geschaffenen Staat zu integrieren und zugleich „einen glaubwürdigen Trennungsstrich zu den damit verbundenen politischen Belastungen zu ziehen“<sup>2</sup>.

Die Lösung dieser delikaten Herausforderung wurde freilich durch die internationalen Rahmenbedingungen während der ausgehenden 1940er und frühen 1950er Jahre erleichtert. In dem Maße nämlich, in dem sich der Kalte Krieg verschärfte,

<sup>1</sup> Reichel, *Vergangenheitsbewältigung*, S. 16.

<sup>2</sup> Schildt/Siegfried, *Kulturgeschichte*, S. 122. Zum Problem des damit in Zusammenhang stehenden Komplexes der Vergangenheitsbewältigung und Vergangenheitspolitik siehe ausführlicher bei: Frei, *Vergangenheitspolitik*.

wurde der Antikommunismus zur eigentlichen Denkfigur, die von da an die geistig-politische Auseinandersetzung des Westens mit dem ideologischen Gegner jenseits des Eisernen Vorhangs prägte. Damit einher ging ein Freund-Feind-Denken, das wenig reflektiert war und einer „bizarren Abendlandideologie gegen den ‚Bolschewismus‘“ das Wort redete<sup>3</sup>. Für die politische Elite der Bundesrepublik und die westdeutsche Wiederaufbaugesellschaft war diese Entwicklung überaus vorteilhaft. Bedacht auf Integration und staatliche Souveränität, stellte sich die Bundesregierung auf die Seite des Westens. Sie distanzierte sich ebenso wie große Teile der Opposition im Bundestag vorbehaltlos vom Nationalsozialismus. Damit nahm sie eine antitotalitäre Haltung ein, die fortan den geistigen Grundkonsens der westlichen Wertegemeinschaft bildete. Und so trug in den Gründerjahren der Bonner Republik der Antikommunismus, der sich vor allem als eine gegen den Stalinismus gerichtete Speerspitze verstand, nicht unerheblich dazu bei, sich zumindest vorübergehend von der nationalsozialistischen Vergangenheit teilweise zu entlasten.<sup>4</sup>

„Antikommunismus“ ist historisch betrachtet so alt wie die kommunistische Bewegung. Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts, als Karl Marx das ‚Kommunistische Manifest‘ veröffentlichte, bildeten sich in den noch sehr stark ständisch geprägten Gesellschaften Europas politische Gegenbewegungen heraus, denen nicht nur Vertreter des Adels, sondern auch des Bürgertums angehörten. Treibender Motor war die um sich greifende Furcht, die entstehende Arbeiterbewegung und ihre frühsozialistischen bzw. kommunistischen Ideen könnten die bestehende politische und soziale Ordnung zerstören. Einen besonderen Wendepunkt bildete das Jahr 1917, denn durch die bolschewistische Oktoberrevolution in Russland wurde der Antikommunismus mit neuen politischen Inhalten aufgeladen. Im russischen Bürgerkrieg kämpften ‚Rote‘ gegen ‚Weiße‘, Bolschewisten gegen Antibolschewisten. Richtete sich der Antikommunismus in den Jahrzehnten zuvor noch gegen den Kommunismus als Idee und soziale Bewegung, so bekämpfte er jetzt erstmals eine konkrete, im Aufbau befindliche Herrschaftsform und seine Anhänger. In Deutschland wurde der Begriff ‚Bolschewismus‘ nach 1918/19 zu einem antikommunistischen Schlagwort in der politischen Auseinandersetzung mit der KPD<sup>5</sup>. Darüber hinaus symbolisiert die Machtübernahme durch Lenin und seine Gefolgsleute den Ursprung der „Antithese Washington – Moskau“<sup>6</sup>. In der Rückschau erscheint nämlich die Oktoberrevolution – im Zusammenspiel mit dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg – als Auslöser des Kalten Krieges nach 1945. Demzufolge kaschierte die Anti-Hitler-Koalition während des Zweiten Weltkrieges die politischen Gegensätze zwischen Ost und West, die dann erst nach dem Sieg über Hitler-Deutschland offen zu Tage treten konnten.

„Antikommunismus“ ist ein „schillernder, unpräziser Begriff“<sup>7</sup>, der wissenschaftlich schwer zu operationalisieren ist. Denn er suggeriert „eine politisch einheitliche Haltung“<sup>8</sup>. Seine Verwendung wird dadurch noch erschwert, dass es sich um einen

<sup>3</sup> Schildt/Siegfried, Kulturgeschichte, S. 123.

<sup>4</sup> Vgl. Reichelt, Vergangenheitsbewältigung, S. 18.

<sup>5</sup> Schieder, Kommunismus, S. 523.

<sup>6</sup> Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, S. 7.

<sup>7</sup> Beattie, „Sowjetische KZs auf deutschem Boden“, S. 119.

<sup>8</sup> Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell, S. 88.

„Kampfbegriff“<sup>9</sup> handelt, der im 19. und 20. Jahrhundert zu unterschiedlichen Zeitpunkten und in unterschiedlicher Intensität politisch instrumentalisiert wurde. Insbesondere die Nationalsozialisten propagierten den Kampf gegen den Kommunismus schon in den 1920er Jahren. Der in Deutschland latent vorhandene Antikommunismus mutierte nach 1918 zu einem Antibolschewismus, der sich gegen die demokratische Ordnung der Weimarer Republik richtete und zudem immer mehr antisemitische Züge aufwies. Mit der Machtübernahme Adolf Hitlers am 30. Januar 1933 entwickelte sich der Antikommunismus zu einer Staatsräson nationalsozialistischer Prägung. Auf diese Weise gelang es den neuen Machthabern, die Verfolgung Andersdenkender in der breiten Öffentlichkeit zu legitimieren. Die Gleichschaltung des öffentlichen Lebens, die Ausschaltung der übrigen Parteien und die Beseitigung des parlamentarischen Systems ließen sich auf diese Weise rechtfertigen. Dabei kam dem NS-Regime der Umstand entgegen, dass der Antikommunismus in breiten Kreisen der deutschen Gesellschaft fest verankert war, nicht nur im national-konservativen und bürgerlich-liberalen Milieu, sondern auch in der katholischen und protestantischen Kirche.

Dagegen war der Antikommunismus der deutschen Sozialdemokratie anderer Natur. Hier resultierte der Gegensatz zum Kommunismus aus der unterschiedlichen Beantwortung der ‚Demokratie-/Diktatur-Frage‘<sup>10</sup>, bei der die SPD eine konträre Position zu den bolschewistischen Machthabern in Moskau einnahm. Im Mittelpunkt stand zunächst die theoretische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, da die Bolschewiki für sich in Anspruch nahmen, „die einzig aufrechten Verfechter der Marxschen Lehren“ zu sein<sup>11</sup>. Die wesentlichen Merkmale dieses fundamentalen Streits tauchten bereits in der Kontroverse zwischen Karl Kautsky und Wladimir I. Lenin 1918 auf. Während die SPD in Deutschland die parlamentarische Demokratie verwirklichen wollte, propagierten Lenin und Stalin in Russland die Räteherrschaft. Sie sicherten unter dem Deckmantel der ‚Diktatur des Proletariats‘ die eigene Macht ab. In Deutschland beobachtete die Mehrheitssozialdemokratie aufmerksam den Verlauf des gewaltsamen Umsturzes, der als abschreckendes Beispiel diente, stand er doch für Zerstörung und Chaos<sup>12</sup>. Dieses Bild wurde durch Berichte heimkehrender Kriegsgefangener aus dem Osten sowie von Baltendeutschen maßgeblich geformt<sup>13</sup>. Hinzu kamen die Verfolgungserfahrungen in der UdSSR und die Angriffe Stalins auf die deutsche Mehrheitssozialdemokratie, die die antikommunistische Haltung der SPD in der Weimarer Republik verstärkte.

Im Zeitalter des Systemkonflikts nach 1945 gewann der Antikommunismus wiederum eine neue Qualität, denn er diente dem Westen vorrangig als intellektuelle und propagandistische Waffe in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion. Lange Zeit wurde der Wissenschaftsdiskurs aber zunächst von den Fragen nach den Anfängen des Kalten Krieges beherrscht. Dabei standen vor allem politikgeschichtliche Fragestellungen und Aspekte im Vordergrund. So kreiste das damalige Erkenntnisinteresse häufig um die politischen Verantwortlichkeiten der beiden Supermächte für den Ost-

<sup>9</sup> Bracher, Das Problem des „Antikommunismus“, S. 134.

<sup>10</sup> Vgl. Faulenbach, Erscheinungsformen des „Antikommunismus“, S. 4.

<sup>11</sup> Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell, S. 90f.

<sup>12</sup> Vgl. Baberowski, Verbrannte Erde.

<sup>13</sup> Vgl. ebenda, S. 88.

West-Konflikt. Dies wiederum führte innerhalb der Zunft rasch zur Lagerbildung. So standen sich in den 1970er und 1980er Jahren die einander abweichenden Interpretationen von Revisionisten und Antirevisionisten unversöhnlich gegenüber. Stellvertretend hierfür seien für das Gebiet der sowjetischen Deutschlandpolitik etwa die unterschiedlichen Auslegungen von Wilfried Loth und Hermann Graml genannt<sup>14</sup>. Die Debatten entspannten sich freilich in jenem Moment, als sich mit der Auflösung des Ostblocks nach 1989 zunehmend die dortigen Archive für die historische Forschung öffneten. Nunmehr ließen sich lange Zeit ungeklärte oder kontrovers diskutierte Fragen der Politikgeschichte einvernehmlicher behandeln.

Mit der Öffnung der Archive in Osteuropa stand erstmals eine neue Qualität von Quellen zur Verfügung, die die Geschichtswissenschaft dazu inspirierten, die Ursprünge und den Verlauf des Kalten Krieges auch unter anderen Gesichtspunkten zu reflektieren. In zunehmendem Maße beeinflussten nun kulturhistorische Fragestellungen die geschichtswissenschaftliche Diskussion. So ist seit einigen Jahren der Kalte Krieg unter dem Gesichtspunkt der *Cold War Culture* zum Forschungsgegenstand geworden. Die damit verbundenen Themenfelder und Interpretationsansätze nahmen ihren Ausgang in der US-amerikanischen Historiographie. Hier wurden zunächst für die späten 1940er bis frühen 1960er Jahre die Fragen von Politik und Gesellschaft der USA diskutiert. Kultur wurde dabei aber – anders als es das im Deutschen zumeist mit hoher Kultur in Verbindung gebrachte Begriffsverständnis zulässt – in einem weiteren Rahmen betrachtet. Für die Vertreter der *Cold War Culture* reduziert sich politische Kultur nicht nur explizit auf „politikbezogene Diskurse und Symbole [...], sondern darüber hinaus [...] auch auf den] durch die Präsenz des Kalten Kriegs geprägte[n] Zusammenhang von Weltansichten, Ordnungsvorstellungen und Alltagspraxen“<sup>15</sup>. Beispielgebend für solche Forschungsansätze sind die Untersuchungen von Thomas Lindenberger über Massenmedien im Kalten Krieg, aber auch der von Peter J. Kuznick und James Gilbert 2001 herausgegebene Sammelband „Rethinking Cold War Culture“<sup>16</sup>. Schließlich plädierten ebenfalls im Jahre 2001 Yale Ferguson und Rey Koslowski für ein möglichst weitgefasstes Verständnis von Kultur, um damit der Kalten Kriegsforschung neue Perspektiven und Erklärungschancen zu verschaffen.<sup>17</sup>

Anregungen dieser Art gilt es, nunmehr auch im Rahmen des vorliegenden Aufsatzbandes aufzugreifen. Das gilt umso mehr, als das Thema ‚Antikommunismus in der frühen Bundesrepublik‘ in der Geschichtswissenschaft schon seit geraumer Zeit kaum noch Beachtung gefunden hat. Das beweisen auch die zahlreichen Publikationen, die 2009 zum 60. Gründungstag der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt wurden. Ein solcher Befund überrascht, hat doch Christoph Kleßmann bereits 1982 den Antikommunismus in den Anfangsjahren der Ära Adenauer als „konstitutiven Faktor der inneren Geschichte Westdeutschlands“ und als „konsensfähige Integrationsideologie“ bezeichnet<sup>18</sup>. Demnach besaß der Antikommunismus für das politische

<sup>14</sup> Loth, Teilung der Welt; Graml, Die Legende von der verpassten Gelegenheit, S. 307–341.

<sup>15</sup> Lindenberger, Massenmedien im Kalten Krieg, S. 13.

<sup>16</sup> Kuznick/Gilbert, Rethinking.

<sup>17</sup> Ferguson/Koslowski, Culture, International Relations Theory, and Cold War History, S. 169.

<sup>18</sup> Kleßmann. Die doppelte Staatsgründung, S. 255.



Selbstverständnis und für die politische Kultur der Bonner Republik eine herausragende Bedeutung. Diesem Interpretationsmuster schlossen sich in der Folgezeit viele Historiker an. So betonte etwa Edgar Wolfrum, dass die Bonner Republik mit einem „antikommunistischen Grundkonsens“ befestigt worden sei, der den nationalen Grundkonsens abgelöst habe<sup>19</sup>. Hans-Ulrich Wehler verwies darauf, dass der Antikommunismus seit den späten 1940er Jahren als „Pendant“ zur Westbindung der Bundesrepublik anzusehen sei<sup>20</sup>. Und Eckart Conze unterstrich die Bedeutung, die der Antikommunismus für die „Bundesrepublikanisierung“ der ehemaligen NS-Eliten gehabt habe<sup>21</sup>. Summa summarum sei der Antikommunismus – so Conze – „eine der wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Integrationsklammern“ in der Ära Adenauer gewesen<sup>22</sup>. Angesichts der breiten Zustimmung, auf die Kleßmann mit seiner Analyse in der Historikerkunft gestoßen ist, verwundert es doch, dass eine systematische Untersuchung des Phänomens ‚Antikommunismus‘ bis heute weitgehend ausgeblieben ist. Es liegen lediglich einige polemische und einseitige Publikationen zu dem Thema vor, die jedoch seriösen wissenschaftlichen Standards nicht standhalten<sup>23</sup>. Folglich bleibt die Thematik ein Forschungsdesiderat, worauf im Übrigen auch Thomas Mergel vor einem knappen Jahrzehnt bei der Untersuchung des ‚McCarthyismus‘ hingewiesen hat, als er auf vergleichende Aspekte „mit Blick auf die noch nicht geschriebene Geschichte des deutschen Antikommunismus im 20. Jahrhundert“ aufmerksam machte<sup>24</sup>.

\*\*\*

Der vorliegende Band basiert auf einer gemeinsamen Tagung der Bundeszentrale für politische Bildung, des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin und des Lehrstuhls für Neuere Geschichte I des Historischen Instituts der Universität Potsdam. Er untersucht den westdeutschen Antikommunismus unter den verschiedensten Aspekten der Politik-, Ideologie-, Institutionen-, Kultur- und Alltagsgeschichte. Darüber hinaus verorten die einzelnen Beiträge das Thema in seinen historischen, nicht zuletzt deutschlandpolitischen und gesamtdeutschen Interaktionskontexten. Der Antikommunismus der Bundesrepublik und die sogenannte Westarbeit der SED bzw. DDR bedingten sich zeitweise gegenseitig und können als zwei Seiten einer Medaille angesehen werden.

Eingangs werden die Ursprünge und Rahmenbedingungen des Antikommunismus diskutiert. Zunächst unterstreicht *Andreas Wirsching* die Heterogenität und Polyvalenz des Themas. Er unterscheidet drei Idealtypen: den ideologischen, den funktionalen sowie den empirischen Antikommunismus. Der ideologische sei schon vor 1917 im Bürgertum ausgeprägt gewesen, und seine Wurzeln würden bis tief in das 19. Jahrhundert zurückreichen. Der funktionale Antikommunismus habe bei der extremen

<sup>19</sup> Wolfrum, *Die geglückte Demokratie*, S. 129.

<sup>20</sup> Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Bd. 5, S. 406.

<sup>21</sup> Conze, *Die Suche nach der Sicherheit*, S. 154.

<sup>22</sup> Ebenda, S. 152.

<sup>23</sup> Vgl. Korte, *Instrument Antikommunismus*; Wippermann, *Heilige Hetzjagd*.

<sup>24</sup> Mergel, „The Enemy in Our Midst“, S. 238.

Rechten zum Herausgreifen einiger als „Stärken“ des Kommunismus beachteten Eigenschaften geführt. Getrieben von der negativen Faszination des Kommunismus sei es darum gegangen, die liberale Demokratie und ihr Gewaltmonopol zu untergraben. Der empirische Antikommunismus sei in der Sozialdemokratie angesiedelt und maßgeblich von der kritischen Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus in der Sowjetunion geprägt gewesen. Spätestens seit 1918/19 habe der sozialdemokratische Antibolschewismus auch der eigenen Identitätsstiftung gedient. 1933 war der Antikommunismus, so ein Fazit *Wirschings*, bereits eine „konsensfähige Integrationsideologie“ gewesen, denn mit „keinem Punkt aus Hitlers Programm gingen die Deutschen so konform“. Die von den Nationalsozialisten geforderte „Vernichtung des Marxismus“ habe eine enorme politische Mobilisierung bewirkt.

*Bernd Greiner* untersucht den Zusammenhang von Antikommunismus und Angst im Zeitalter des Kalten Krieges. Zunächst verweist er darauf, dass die öffentliche Kommunikation das „subjektive oder kollektive Empfinden von Angst“ verändern und somit „Ängste ganz neuer Art oder anderen Umfangs“ produzieren könne. Dabei falle der amerikanische Antikommunismus „als besonders extreme Variante eines internationalen Phänomens“ aus dem Rahmen. Im Fall der USA sei die „Uranst“ des 20. Jahrhunderts mit dem Begriff der ‚Großen Depression‘ belegt. Die Wirtschaftskrise, unter der Nordamerika zehn Jahre lang litt, breche bis heute „alle Negativrekorde“. Deshalb habe der damalige Präsident Franklin D. Roosevelt in seinen Reden stets betont, wie eng Sicherheit und Freiheit von Angst miteinander zusammenhängen. Dieses Begriffspaar bildete nach den Ansicht *Greiners* die „semantische Achse der Rooseveltschen Krisenrhetorik“. Der Autor betont außerdem die verschiedenen Dimensionen des Sicherheitsbegriffs (national, wirtschaftlich und sozial) in den USA. Die Suche nach „universeller Sicherheit“ habe sich mit einer „nicht enden wollenden Litanei über die politische Immunschwäche der liberalen Demokratie“ verknüpft. Ohne den Kalten Krieg wäre die US-Variante des Antikommunismus nur eine kurze Episode geblieben.

Im Mittelpunkt des zweiten Kapitels steht die Westpolitik der DDR. Die SED-Führung pflegte zwar einerseits das Feindbild vom „Bonner Revanchismus und Militarismus“, war aber andererseits, wie *Heike Amos* ausführt, am Abbau des ausgeprägten Antikommunismus in der Bundesrepublik interessiert. Im Mittelpunkt der Bemühungen Ost-Berlins standen in den 1950er und 1960er Jahren SPD und DGB. Erst danach seien die Unionsparteien in den Fokus gerückt. Der Westapparat der DDR wurde zunächst ständig umstrukturiert, was vor allem auf die Erfolglosigkeit und Ineffektivität der einzelnen Aktivitäten zurückzuführen sei. Der Mauerbau habe keine Auswirkungen in diesem Bereich gehabt. *Amos* betont, dass erst Ende der 1960er Jahre eine Verstärkung in der Organisation und beim Personal der jeweiligen Abteilungen im Staats- und Parteiapparat eingesetzt habe. Anschließend zählt sie die wichtigsten Abteilungen und Führungskader auf und hebt hervor, dass der SED-Westapparat eine „Domäne“ der Kommunisten gewesen sei. Ausführlich geht sie auf die geheime ZK-Abteilung Verkehr ein, die nicht nur zuständig war für den illegalen Transport von Propagandamaterialien, Funktionären und Geld nach Westdeutschland, sondern auch als technischer Verbindungsapparat der SED zur KPD (bis zum Verbot 1956) bzw. DKP diene.

*Dierk Hoffmann* geht in seinem Beitrag der Frage nach, mit welchen Mitteln die SED bis Anfang der 1950er Jahre versuchte, die Meinung in den westlichen Besat-

zungszonen bzw. in der Bundesrepublik zu beeinflussen. Er unterscheidet dabei drei zentrale Maßnahmen: die Westreisen von SED-Politikern, die Volksbefragung sowie der sogenannte Grotewohl-Brief vom 30. November 1950 an Bundeskanzler Adenauer. Die Westreisen standen anfangs ganz im Zeichen der KPD-Einheitskampagne zur Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien. Nach der Zwangsvereinigung im April 1946 sei die Resonanz in den Westzonen spürbar zurückgegangen. Die im Zuge der Volkskongressbewegung initiierte Volksbefragung sollte den gemeinsamen Wunsch aller Deutschen zur Einheit des Landes demonstrieren. Deren Durchführung wurde aber in der amerikanischen und französischen Zone untersagt. Obwohl sich der „Grotewohl-Brief“ – so *Hoffmann* – in die sowjetische Gesamtstrategie nahtlos einfügte, habe er doch für „erhebliche Unruhe“ im Bonner Regierungslager gesorgt. Da jedoch der Bundeskanzler den Schulterchluss mit den Westalliierten erzielte und Unterstützung von Schumacher erhielt, sei die Rechnung Ost-Berlins letztlich nicht aufgegangen.

*Michael Lemke* analysiert die sich verändernde Wahrnehmung der SED, die den ideologischen Kampf gegen den westdeutschen Antikommunismus als „die entscheidende Aufgabe“ angesehen habe. Diese Auseinandersetzung sei ostdeutsche Staatsräson gewesen und habe sich „tagtäglich“ im innerdeutschen Konflikt manifestiert. Dabei unterschied die SED-Führung nach Einschätzung *Lemkes* nur in ihren internen Analysen zwischen einem „extrem konfrontativen“, einem gemäßigten und einem moderaten Antikommunismus. Die Politik Ost-Berlins sei von der zutreffenden Einsicht geleitet gewesen, dass der bundesrepublikanische Antikommunismus das politische System in der DDR und damit den SED-Machtsanspruch in Frage stellte. Der Autor betont, dass derjenige, der von der SED als Antikommunist identifiziert wurde, schnell in die „Mühlen ihrer Klassenkampfpropaganda“ geraten konnte. In seinem Beitrag nimmt er eine Phaseneinteilung vor, die sich an der gängigen Zäsur des Machtwechsels in Ost-Berlin orientiert: Während die erste Phase bis Ende der 1960er Jahre gedauert habe und durch eine „traditionelle“ Auseinandersetzung geprägt gewesen sei, habe sich in der Ära Honecker der „konservative Politik- und Gesellschaftsbereich“ nicht mehr im „Zentrum der SED-Fremdwahrnehmung“ befunden.

Im Mittelpunkt des dritten Kapitels stehen die Träger des Antikommunismus, d. h. Politiker, Ministerien, Behörden, Verbände und Kirchen. *Stefan Creuzberger* unterstreicht, dass die Erforschung des staatlichen Antikommunismus noch ganz am Anfang stehe. Zu den Desiderata gehöre z. B. die Untersuchung der Interaktion vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG), Kanzleramt, Bundesministerium des Innern (BMI) mit dem Bundesverfassungsschutz (BfV) und Bundesnachrichtendienst (BND). Er weist darauf hin, dass sich der staatliche Antikommunismus in der Bundesrepublik auch aus den Umständen der ungelösten deutschen Frage ableiten lasse. In diesem Kontext stelle das BMG die „maßgebliche Regierungseinrichtung“ dar. Da die Deutschlandpolitik eine Domäne des Bundeskanzlers gewesen sei, habe sich das BMG auf operative Maßnahmen konzentriert, die sich stellenweise hart am Rande der Legalität bewegt hätten. Einen Orientierungsrahmen boten demzufolge die *Rollback-* und *Liberation-Policy* der US-Administration und die psychologische Kriegführung. Seit März 1951 habe es zwar eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen den beteiligten Ressorts gegeben; in der Praxis sei es jedoch immer wieder zu Kompetenzüberschneidungen gekommen. Unter der Leitung Herbert Wehners habe



sich das BMG dann jedoch zu einem Ort entwickelt, von dem wichtige Anstöße für eine ‚Neue Ostpolitik‘ ausgegangen seien.

*Lars Lüdike* greift für die frühen 1950er Jahre die Frage nach dem Antikommunismus im Auswärtigen Amt auf. Dabei konzentriert er sich vor allem auf Bundeskanzler Adenauer, der bis 1955 in Personalunion die Geschicke dieses Regierungsressorts geprägt hat. Von zentraler Bedeutung sei in diesem Zusammenhang die Tatsache gewesen, dass mit der unverbrüchlichen Westbindung die bundesdeutsche Außenpolitik keine Gefahr mehr gelaufen wäre, sich auf die traditionelle Gleichgewichtspolitik der zurückliegenden Epochen zu verlegen. Dass die „alten“ Diplomaten sich nicht dieser Neuausrichtung der westdeutschen Diplomatie versperrt hätten, besitzt Lüdike zufolge mehrere Gründe. Ganz maßgeblich sei dabei die antitotalitäre Lehre gewesen, die sie aus dem Scheitern Weimars und der nationalsozialistischen Diktatur gezogen hätten. In dieser Perspektive, so seine Schlussfolgerung, habe es eine antikommunistische Kontinuität gegeben, die in vielfach gebrochener Form vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik reichen würde.

*Rüdiger Thomas* analysiert das Spannungsverhältnis von Antikommunismus und Wissenschaft am Beispiel der Bundeszentrale für Heimatdienst (BfH) und des Ostkollegs. In den Anfangsjahren der BfH hätten die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte und die Entwicklung des demokratischen Bewusstseins im Vordergrund gestanden. Mit der Verschärfung des Kalten Krieges Mitte der 1950er Jahre seien die Abwehr des Kommunismus und die Abgrenzung gegenüber der DDR, die bei der Niederschlagung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 ihren diktatorischen Charakter und Legitimitätsmangel unter Beweis gestellt habe, zu zentralen Themenfeldern geworden. Insbesondere Joseph M. Bochenski habe für das Ostkolleg eine Konzeption entwickelt, die „die Immunisierung der Intellektuellen und politischen Eliten der Bundesrepublik“ zum Ziel gehabt habe. Die Vorgeschichte des Ostkollegs sei freilich von Beamten des Bundesinnenministeriums geprägt gewesen, „deren antikommunistische Orientierung aus der NS-Vergangenheit herrührte“. Einige Mitarbeiter des Direktoriums seien nämlich „massiv“ in die NS-Politik verstrickt gewesen.

*Corinna Franz* geht auf Adenauers hinlänglich bekannte antikommunistische Grundeinstellung ein, die ein „Grundrauschen“ seines politischen Handelns gebildet habe. Für den katholisch geprägten Adenauer, der seine Zeit „als eine Epoche des Übergangs“ empfunden habe, sei der Materialismus und damit der Kommunismus das „Grundübel jener Epoche“ gewesen. Damit stand die marxistische Ideologie dem christlich geprägten Weltbild des ersten Bundeskanzlers diametral entgegen, wie *Franz* ausführt. Trotz seiner antikommunistischen Überzeugung habe Adenauer aber in Einzelfällen durchaus einen sehr pragmatischen Umgang mit Kommunisten pflegen können. So habe Adenauer in den 1920er Jahren als Oberbürgermeister von Köln ein wichtiges Bauvorhaben – eine seinerzeit moderne Hängebrücke über den Rhein – mit Hilfe der kommunistischen Stadtverordneten durchsetzen können. Adenauers pessimistische Einschätzung der kommunistischen Gefahr stellte eine Konstante seines politischen Denkens bis zu seinem Tod 1967 dar. Als die beiden Supermächte in den 1960er Jahren die Ära der Entspannungspolitik einläuteten, habe er immer häufiger vor der „geistigen Gefahr“ des Kommunismus gewarnt.

*Michael Schwartz* diskutiert die Rolle des Antikommunismus in der Politik der westdeutschen Vertriebenenverbände zwischen 1949 und 1970. Er geht der Frage

nach, ob die Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen weiterhin noch pauschal als klassische ‚Pressuregroups‘ des Antikommunismus gelten können. Dabei werden einerseits ältere Thesen von der politischen Integrationskraft des Antikommunismus bestätigt, die auch frühere NS-Belastete zeitweilig exkulpierete. Andererseits verweist der Autor auf die Notwendigkeit einer differenzierten Beurteilung des Vertriebenen-Antikommunismus. So gelangt *Schwartz* zum Ergebnis, dass die Flüchtlinge und Vertriebenen aufgrund der Vertreibungserfahrungen nicht automatisch zu einem Hort des Antikommunismus geworden seien. Er unterscheidet zwischen einem „volkstümlichen“ und einem „regierungsamtlichen“ Antikommunismus, denn die Russenerfahrung der Vertriebenen sei „alles andere als eindeutig“ gewesen. Darüber hinaus plädiert er dafür, den in der Forschung bislang zu eindimensional beurteilten Zusammenhang von Antikommunismus und Antislawismus neu zu überdenken. Dieses Spannungsverhältnis beleuchtet er am Beispiel der Sudetendeutschen Landsmannschaften.

Zu den traditionellen Trägern des Antikommunismus zählten in den Jahren des Kalten Kriegs ebenso die Kirchen, wobei sich *Thomas Brechenmacher* in seinem Beitrag auf die katholische Kirche konzentriert. Er beleuchtet zunächst die Wurzeln des katholischen Antikommunismus, untersucht dann die Rolle des Bistums Berlin an der politisch-ideologischen Nahtstelle der Systeme, schildert den medialen „Abwehrkampf“ in der „Frontstadt“ und reflektiert schließlich die Funktion, die der katholische Antikommunismus in der Bonner Republik der 1950er und frühen 1960er Jahre besaß. Dieser müsse, wie der Autor betont, in den größeren Kontext der Verurteilung aller „materialistischen Doktrinen“ durch die katholische Kirche gestellt werden. Deshalb sei der Antikommunismus ein wesentlicher Teil der „Selbstbehauptungsstrategie“ der Kirche in der SBZ/DDR gewesen. Für *Brechenmacher* war der Antikommunismus aber auch ein fester „Bestandteil eines katholischen Orientierungsdiskurses“ in der Bundesrepublik, der sowohl den Laien als auch der Amtskirche „den Weg zur Identifikation mit den politischen Zielen Adenauers bahnen“ half.

Die Bandbreite der evangelischen Positionen zum Kommunismus in der unmittelbaren Nachkriegszeit und während der Zeit des Kalten Kriegs war sehr groß, wie *Miriam Loos* in ihrem Beitrag am Beispiel der Debatten um Wiedervereinigung, Westbindung und Wiederbewaffnung aufzeigt. Eine herausragende Strömung bildete zunächst der Bruderrat der EKD um Martin Niemöller und Gustav Heinemann, die unter dem starken Einfluss des Schweizer Theologen Karl Barth standen und die die Adenauersche Politik vehement ablehnten. Es waren vor allem Niemöller und Heinemann, die von ihren politischen Gegnern in diesem Zusammenhang pauschal als ‚Kommunistenfreunde‘ stigmatisiert worden sind. Gleichwohl, so eine zentrale These der Autorin, trifft dies in dieser Verallgemeinerung nicht zu. Vielmehr umfasste das Spektrum der politischen Äußerungen sowohl neutrale als auch „anti-antikommunistische“ Überzeugungen.

Die Beiträge der vierten Sektion des Sammelbandes befassen sich mit der politischen Alltagspraxis. Welche Formen des Antikommunismus gab es und welchen Stellenwert hatte dieser in der Konsum- und Medienwelt der alten Bundesrepublik? *Bernd Stöver* behandelt am Beispiel der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) private antikommunistische Organisationen, die sich in die damalige Befreiungspolitik der USA einfügten und über einen längeren Zeitraum von amerikanischen und bundes-

deutschen Stellen finanziert wurden. Aus Sicht der Bundesregierung entwickelte sich nicht nur das Verhältnis zur unkontrollierbar agierenden KgU äußerst problematisch, sondern auch zur US-Administration, die nicht bereit war, Informationen über die einzelnen Fördermaßnahmen und Aktionen preiszugeben. Erschwerend kam hinzu, dass die KgU-Zentrale frühzeitig mit Informanten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) durchsetzt war. *Stöver* zieht die Schlussfolgerung, dass die antikommunistischen Befreiungsgruppen – anders als eigentlich intendiert – „wahrscheinlich mittelbar mehr zur Stabilisierung der DDR“ beitrugen, als sich die Akteure selbst eingestehen wollten. Das mit der Abwehr solcher westlichen Aktivitäten beauftragte MfS habe sowohl durch die eigenen Bedrohungsanalysen als auch durch die „tatsächlichen Angriffe“ der militanten Befreiungsorganisationen an Bedeutung gewonnen.

*Frank Möller* schildert den publizistischen Abwehrkampf gegen den Kommunismus anhand der schillernden Verlegerfigur Joseph Caspar Witsch, der nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst Leiter der thüringischen Landesstelle für Buch- und Bibliothekswesen war und 1948 aus Jena in die westlichen Besatzungszonen flüchten musste. Der in dieser Hinsicht organisatorisch wie personell bestens vernetzte Aktivist trug nicht nur maßgeblich zur Entstehung des ‚Publizistischen Zentrums für die Einheit Deutschlands‘ (PZ-Archiv, ab 1952 SBZ-Archiv) und der Reihe der ‚Roten Weißbücher‘ bei. Der Archivdienst, der zum Großteil vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen finanziert wurde, lieferte dem Leser sowohl sachlich fundierte Analysen als auch polemische Kommentare, die oftmals aus der Feder von Witsch stammten. Darüber hinaus nahm der Verleger auch noch eine führende Rolle im Zusammenhang mit der Gründung des Ostkollegs der Bundeszentrale für Heimatdienst und den Aktivitäten der von ihm inspirierten Kölner Gruppe des ‚Kongresses für Kulturelle Freiheit‘ ein. Witsch war, so *Möllers* Resümee, ein antikommunistischer Akteur, der bis zu seinem Tod an die Systemlogik des Kalten Krieges gebunden blieb, „einerseits als ihr Opfer, andererseits aber auch als ihr Motor“.

Dass der Antikommunismus in der jungen Bonner Republik sehr schnell eine besondere Dynamik entfaltete, zeigt der Beitrag von *Till Kössler*. Allerdings macht er auch deutlich, dass es für die westdeutsche KPD und deren Anhänger in der Frühphase der Bundesrepublik immer noch Rückzugsgebiete gab. So wussten sich die kommunistischen Betriebsräte noch bis Mitte der 1950er Jahre gegen die sozialdemokratische Konkurrenz zu behaupten. *Kössler* nimmt die politische, administrative und gesellschaftliche Praxis des Antikommunismus in den Blick und untersucht die Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit des Ausgrenzungsprozesses. Die westdeutsche Gesellschaft sei keineswegs vollständig von „existentieller Furcht vor dem kommunistischen Feind“ durchdrungen gewesen, denn viele Gruppen hätten durchaus einen „pragmatischen Umgang mit den Kommunisten“ gepflegt. Obwohl im Frühjahr 1951 unter den demokratischen Parteien Konsens darüber bestand, breit angelegte antikommunistische Maßnahmen einzuleiten, waren Detailfragen von Anfang an umstritten. Außerdem erwies sich der bundesdeutsche Föderalismus als „Gegengewicht einer Radikalisierungsdynamik“, da unter den Ländern Uneinigkeit über den Umgang mit den kommunistischen Umfeld-Organisationen herrschte.

Mit Blick auf den in der Bundesrepublik während der 1950er Jahre praktizierten Antikommunismus unterzieht *Boris Spornol* die damalige Wiedergutmachungspolitik und -praxis einer kritischen Betrachtung. Gemäß des Bundesergänzungsgesetzes von

1953 hatte derjenige keinen Anspruch auf Entschädigung, „wer die freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpft“. Dieses Element war dem Entschädigungsgesetz der US-Zone vom August 1949 noch fremd gewesen. Innerhalb von vier Jahren fand also ein Paradigmenwechsel statt, der erklärungsbedürftig ist. Da die Wiedergutmachungsgesetzgebung in hohem Maße von NS-Verfolgten geprägt worden ist, wird in dem Beitrag zunächst herausgearbeitet, wie sich das Verhältnis von kommunistischen und nichtkommunistischen NS-Verfolgten verändert hat. Zwar wurden offenbar vor allem KPD-Spitzenfunktionären, die außerdem noch in die DDR geflüchtet waren, Entschädigungsleistungen verweigert. Doch zeigen Fallbeispiele, dass auch weniger exponierte Kommunisten von der Ausschlussklausel betroffen gewesen sind. Obwohl hierzu eine landes- bzw. bundesweite Statistik fehlt, spricht Vieles dafür, dass den Entschädigungsverfahren allgemeine Probleme der Verteilungsgerechtigkeit inhärent gewesen sind. Deswegen lassen sich Diskriminierungsmuster im Sinne einer gezielten Exklusion von Kommunisten nur ansatzweise nachweisen.

*Christoph Classen* gewährt Einblicke, inwieweit die visuellen Medien Film und Fernsehen vom westlichen Antikommunismus geprägt gewesen sind. Im Ost-West-Konflikt, bei dem jede Seite versuchte, die Bevölkerung für sich zu gewinnen, spielten die Massenmedien eine zentrale Rolle. Sie seien aber nicht nur eine „Quelle“ dieser Auseinandersetzung gewesen, sondern müssten auch als Akteure betrachtet werden. Seine filmhistorische Analyse wartet mit dem Befund auf, dass im bundesdeutschen Spielfilm der 1950er und 1960er Jahre die Auseinandersetzung mit der DDR bzw. der kommunistischen Ideologie „relativ selten“ stattgefunden habe. Das hing weniger mit entsprechenden Fördermaßnahmen der Bundesregierung zusammen, sondern vielmehr mit der generellen Zurückhaltung des westdeutschen Nachkriegskinos gegenüber politischen Themen. Seinerzeit galten antikommunistische Sujets nicht als kommerziell Erfolg versprechend. Bei einer differenzierten Betrachtung fällt zumindest auf, dass nach dem Mauerbau die deutsche Teilung im Fernsehspiel deutlich häufiger thematisiert wurde als im Spielfilm. Dieses Genre habe sich durch ein vergleichsweise „kritisches Selbstverständnis“ ausgezeichnet und sei „eher selten“ einem „plumpen“ Antikommunismus verfallen.

Das spannungsreiche Verhältnis zwischen Intellektuellen und Antikommunismus diskutiert *Dominik Geppert* am Beispiel des ‚Kongresses für Kulturelle Freiheit‘ (CCF). Dabei analysiert er zwei Aspekte, die bislang gegenüber der CIA-Verstrickung des CCF häufig ins Hintertreffen geraten sind: erstens die in die Zwischenkriegszeit zurückreichenden Traditionslinien des intellektuellen Antikommunismus; zweitens die Verschiedenartigkeit unterschiedlicher Strömungen innerhalb des CCF sowie deren Veränderung während der 1950er und 1960er Jahre. *Geppert* beschränkt sich indes nicht nur auf diese antikommunistische Kulturorganisation, sondern setzt deren Wirken auch in Beziehung zu einer anderen Gruppe von Intellektuellen, die eher selten als dezidiert antikommunistisch angesehen wird: die Gruppe 47 um Hans Werner Richter. Vertreter beider Gruppen verfügten über ähnliche biografische Erfahrungen: Nicht nur Richter, sondern auch andere Akteure des CCF waren in den 1920er und frühen 1930er Jahren selbst Kommunisten gewesen. Sie bekannten sich anfangs teilweise zum ‚Trotzkismus‘, was den elitären Grundzug des CCF zu erklären vermag. In der zweiten Hälfte der 1940er Jahre sei es dann bei vielen zum endgültigen Bruch mit dem Sozialismus sowjetischer Prägung gekommen.

Rainer Gries verdeutlicht, auf welcher subtilen Weise Lebensmittel und Genussartikel „Medien der politischen Propaganda“ gewesen sind. Bereits während des Zweiten Weltkriegs beschäftigten sich auch US-Experten für Produktkommunikation mit Zukunftsplänen für Deutschland nach der NS-Diktatur. Ausgehend von der Erkenntnis, dass es die USA nach 1918 versäumt hätten, „Waresendungen den ‚Gedanken der Demokratie‘ beizupacken“, ging es ihnen darum, mit den zukünftigen Konsumprodukten „politische Ideen“ zu vermitteln. Diese Überlegung gewann dann in der Systemauseinandersetzung des Kalten Krieges an großer Bedeutung. Doch die DDR scheute sich nicht, die Herausforderungen des Westpakets im sogenannten Päckchenkrieg der 1950er und 1960er Jahre anzunehmen. Und so kam es, dass ungeachtet östlicher Versorgungsprobleme der ‚Arbeiter- und Bauernstaat‘ im ersten Nachkriegsjahrzehnt auf zwei Westpakete mit anderthalb Ostpäckchen konterte. Gleichwohl behielt die Bundesrepublik in dieser unorthodoxen Auseinandersetzung stets die Oberhand. Nichtsdestotrotz blieb der grenzüberschreitende Paketverkehr ein „stabiles Beziehungsmuster“ im deutsch-deutschen „Kommunikationsraum“, dessen Bedeutung bis in die Gegenwart hineinreicht.

Abschließend zieht Hermann Wentker ein Resümee, indem er die Ergebnisse der einzelnen Beiträge dieses Bandes unter übergeordneten Gesichtspunkten nochmals Revue passieren lässt. Er greift die Frage nach der Funktion des Antikommunismus auf und reflektiert über die Ursprünge und Traditionen des Antikommunismus in der Bundesrepublik. Dabei verdeutlicht er, dass sich Kommunismus und Antikommunismus einander bedingten. Schließlich vergegenwärtigt Wentker nochmals die Methoden, die zur Bekämpfung des Kommunismus eingesetzt worden sind, bewertet die Reichweite, die der Antikommunismus besessen hat, um dann zu fragen, welche Wirkung der Antikommunismus gehabt und wie er sich im Verlauf des Kalten Krieges gewandelt hat. Insgesamt, so seine Einschätzung, bildete der Antikommunismus „ein wichtiges Element der politischen Kultur in Deutschland“ bis in die 1960er Jahre hinein. Denn er war für die Bundesrepublik auf der einen Seite ein zentrales Motiv für die Auseinandersetzung mit der DDR im Rahmen des deutsch-deutschen Sonderkonflikts, der wiederum Teil des Kalten Krieges war. Ihm stand die ‚Westarbeit‘ der DDR gegenüber, die in die Bundesrepublik hineinwirken wollte. Auf der anderen Seite bildete der Antikommunismus ein Element der politischen Kultur in der Bundesrepublik, die sich mit den ostdeutschen Offensiven auch innergesellschaftlich auseinandersetzen hatte.

\*\*\*

Bei der Fertigstellung des Buchmanuskripts waren Arnd Elsner, Marie-Thérèse Heinrich, Anne-Dore Neumann und Stefanie Palm behilflich, denen wir an dieser Stelle herzlich danken möchten.

Stefan Creuzberger, Dierk Hoffmann  
Rostock/Berlin, Januar 2014



